

Reformtheorien oder Theoriereform?

Wie die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften daran scheitern, umsetzungsfähige Konzepte zur Sanierung Deutschlands zu entwickeln

Michael Schefczyk, *Umverteilung als Legitimationsproblem*
Friedrich Breyer, Wolfgang Franz u.a., *Reform der sozialen Sicherung*

Sammelrezension

Erschienen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 2. November 2004

Die boomende Branche der Reformliteratur hat zwei Abhandlung hervorgebracht, die sich der Krise des Sozialstaats aus verschiedenen Richtungen nähern und dabei ihre Sache gründlich machen wollen. Mit *Reform der sozialen Sicherung* legen fünf Volkswirte ein detailliertes, bis ins Jahr 2050 durchgerechnetes Reformmodell für die Sozialversicherungen vorgestellt, während *Umverteilung als Legitimationsproblem* die gerechtigkeitstheoretischen Herausforderungen solcher sozialstaatlichen Sicherungssysteme beleuchtet. Diese Untersuchung leitet der Philosoph und Volkswirt Michael Schefczyk mit einer Topographie der volkswirtschaftlichen Theorielandschaft seit 1900 ein, die geprägt ist von den Spuren des Kampfes um den Ausschluss normativer Komponenten wie Forderungen nach Gleichheit oder Gerechtigkeit. Das Ziel der dominierenden utilitaristischen Schule war strikte Wertfreiheit und Konzentration auf den Begriff des Nutzens. Im Zuge dieser Fokussierung hat sich das Fach Volkswirtschaft vollständig von der Fakultät getrennt, in der sie begründet wurde, nämlich der Philosophie. Der Autor setzt sich ein doppeltes Ziel, nämlich eine Wiederannäherung zwischen diesen beiden Fächern und darauf aufbauend eine interdisziplinäre Klärung der Frage, wie der Sozialstaat Wohlstand nicht nur ökonomisch rational, sondern zugleich gerecht umverteilen kann und soll. Dazu konfrontiert er die utilitaristische Wirtschaftslehre mit den naturrechtlichen und egalitaristischen Einwänden, die in den 1960er Jahren aufkamen. Ihren Höhepunkt erreicht die Diskussion 1971 mit dem Erscheinen der *Theory of Justice* des amerikanischen Philosophen John Rawls. Mit dem von ihm vorgestellten Verfahren des *Schleiers der Unwissenheit* feiert seine egalitaristische Gerechtigkeitstheorie einen bis heute anhaltenden Siegeszug. Schefczyk wird sie vorsichtig verteidigen, weil er sie immer noch für das Beste hält was wir haben. Das stimmt, und darin liegt das ganze Dilemma von Sozialphilosophie und Wirtschaftstheorie, wenn sie den Sozialstaat zum gemeinsamen Thema machen. Der *Schleier der Unwissenheit* beschreibt die Vorstellung eines Zustands, in dem die Menschen wahrhaft unparteilich über die gesellschaftliche Ordnung verhandeln, die ihre eigene sein wird. Es ist eine philosophische Fiktion wie das Höhlengleichnis von Platon. *Hinter* dem Schleier versammeln sich imaginäre,

quasi ungeborene Menschen, die nicht einmal ihre eigenen Eigenschaften kennen und einen Vertrag aushandeln müssen, der die Gesellschaft regelt, in die sie hineingeboren werden. Vor dem Schleier dozieren jedoch Philosophen, Theoretiker und Anwender der Theorie, was diese wesenlosen Wesen hinter dem Schleier beschließen *müssen*, weil sie schließlich über nichts als ihre nackte Vernunft verfügen. Man darf gar nicht daran denken, mit welchem Spott die scharfsinnigen Vertragstheoretiker des 18. Jahrhunderts wie Hume oder Kant dieses einfältige Verfahren als Begründung von Gerechtigkeit überzogen hätten. Es widerspricht schon der Intuition, dass ein weitreichendes Informationsdefizit Gerechtigkeit erzeugen könnte. Das mag für Lotterien reichen, nicht aber für Gesellschaften. Schefczyk löst das wirklichkeitsresistente, idealisierende Theoriedesign normativer Theorien auf, den *desirability approach*, der Wahrheitsansprüche aus der Verknüpfung vorher anerkannter Prinzipien ableitet. Statt dessen schlägt er ein induktives Verfahren vor, mit dem solche Theorien schon im Entwicklungsstadium mehr empirischen Gehalt und somit Realitätsnähe einschließen. So kommt er zu einem neuen Legitimationsmodell von Umverteilung, das einen normativen Kern in der Form eines *Anrechts auf Autonomie* hat. Das Ziel des Sozialstaats soll in der Herstellung und Reproduktion der Bedingungen für Autonomie seiner Bürger sein. Der Autonomieansatz führt direkt zu einer Forderung nach Bildung von Eigentum, denn nur dieses mache einen Bürger mündig und voll urteilsfähig. Das gesellschaftliche Ideal des Autonomie-Paradigmas ist somit die Eigentümer-Demokratie. Dieses Ideal hätte ja durchaus das Zeug dazu, zum Staatsziel erhoben zu werden, wenn nicht noch einige ziemlich wichtige Fragen zu beantworten wären. Die *redistribution of assets*, auf die Schefczyk sich emphatisch bezieht, kann nämlich nicht die Lösung sein, denn Eigentumstitel können nicht einfach umverteilt werden. Die echte Herausforderung ist vielmehr die Bildung von neuen Eigentumstiteln in der Hand der Bürger. Ist es nun innerhalb des Autonomie-Paradigmas normativ vertretbar, dass Autonomie auch mit Zwang hergestellt wird? Ist es vorstellbar, dass Arbeitnehmer zum privaten Ansparen gezwungen werden, ohne dass die Grundlage der Autonomie-Forderung ad absurdum geführt wird? Wäre es ökonomisch rational, wenn man die Konsumfunktion betrachtet? Und was passiert, wenn die Bürger die ihnen normativ zugestandene Autonomie als Zumutung empfinden und ablehnen?

Mit Zumutungen hat *Reform der sozialen Sicherung* dagegen keine Probleme. Die Studie will sich über das Tagesgeschäft der Politik erheben, um endlich einen gesamtwirtschaftlich rationalen Diskurs zu führen. Das Ergebnis: Abschaffung von Arbeitslosenversicherung und -hilfe; gesetzliche Anhebung der Bruttolöhne um 3,25 % zur Bildung von Rücklagen; Renten-

und Krankenversicherung werden von allen Bürgern bezahlt, letztere wird vom Einkommen entkoppelt; Anhebung des Kindergeld auf 295 €, dafür entfallen die Anrechnungszeiten für Kindererziehung bei der Rente und die kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse; die Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfeempfänger wird halbiert, wobei eigenes Arbeitseinkommen zunächst anrechnungsfrei bleibt. Diese Reformvorschläge von erfrischender Radikalität basieren auf genau 31 Zeilen theoretische Voraussetzungen, die nichts anderes beschreiben als den ubiquitären *Schleier der Unwissenheit*. Es ist auch von Souveränität und Eigenverantwortung die Rede. Könnte das eine Übersetzung von Schefczyk's Forderung nach der Schaffung von Bedingungen zur Herstellung von Autonomie sein? Keinesfalls.

Souveränität bedeutet hier nur *Schau zu wie du alleine klar kommst!* und die streng utilitaristische Kostenberechnungen haben für Autonomie nur eines übrig: ein Preisschild. Die gerechtigkeitstheoretische Legitimation fungiert hier selbst als ein Schleier der Unwissenheit, indem sie eine politisch klar wirtschaftsliberal definierte Position hinter einer philosophisch höchst kritikwürdigen Konstruktion verbirgt. Die Bertelsmann-, Nixdorf- und Erhard-Stiftung, die das vorausgehende Projekt zwölf Jahre lang finanziert haben, müssen sich ernsthaft fragen, ob dieses Ergebnis den sagenhaften Aufwand rechtfertigt.

Erweitern die gerechtigkeitstheoretisch informierte Theorien über den Sozialstaat unseren Sinn für das Mögliche, für neue Alternativen? Bisher jedenfalls noch nicht. Beide Studien schaffen es trotz interessanter Ansätze nicht, der sich anbahnenden demographischen, sozialen und ökonomischen Katastrophe ins Auge zu sehen. Sie zeigen in ihrer Kombination, wie wenig Sozial-, Politik- und Wirtschaftstheorie derzeit zu den strukturellen Problemen des Sozialstaats beitragen können. Und eine Vermutung drängt sich auf: Gerechtigkeit kann gar nicht theoretisch, sondern nur politisch begründet werden.

Michael Schefczyk, *Umverteilung als Legitimationsproblem*, Alber, Oktober 2003, 331 S., € 42,00.

Friedrich Breyer, Wolfgang Franz, Stefan Homburg, Reinhold Schnabel, Eberhard Wille, *Reform der sozialen Sicherung*, Springer, Januar 2004, 169 S., € 29,95.